

51 Prozent

Das Décolleté geht, die Zeitenwende naht



Nicole Althaus

Sein Verschwinden hat sich seit längerem abgezeichnet. Auf den Laufstegen hat es diese Saison ebenso gefehlt wie auf den roten Teppichen. Auch bei der Verleihung der Oscars war es kaum zu sehen, wo Cate Blanchett oder Jennifer Lawrence zwar tief ausgeschnittene Kleider trugen, aber kaum Rundungen zeigten. Und an der Verleihung der «Harper's Bazaar Women of the Year Awards» sahen die Damen aus, als hätte der Dresscode «hochgeschlossen» gelaute: Selbst Donatella Versace, die ihre Brüste sonst ausstellt wie hart erkämpfte Trophäen, trug einen züchtigen Rollkragenspullover. Fast etwas verschämt hat sich das Décolleté 2016 aus der Mode geschlichen. In der britischen «Vogue» wurde es vor ein paar Tagen offiziell verabschiedet: «Der offenherzige Ausschnitt mit üppigen Rundungen ist out.»

Kaum hatte das Heft den Abgang auf das üppige Décolleté über Twitter verbreitet, ging ein Aufschrei durch die Internetgemeinde. Schliesslich hat das Décolleté zwei Jahrzehnte lang das weibliche Körperbild geprägt und die Zahl der Brustvergrösserun-

gen nach oben getrieben. Seit Supermodel Eva Herzigova 1994 ihre durch einen Wonderbra angehobenen Brüste auf Plakatwänden mit den Worten «Hello Boys» feilgeboten hatte, waren BHs ohne Kissens in den Läden selbst für dreizehnjährige Teenager praktisch nicht mehr zu finden. Heute dominieren plötzlich wieder bügellose, ungepolsterte Büstenhalter. Bereits im vergangenen August vermeldete das «Wall Street Journal», die Aktie des Mutterkonzerns von Victoria's Secret sei um 30 Prozent eingebrochen, weil die Lingeriefirma bedeutend weniger Push-ups verkaufen könne. Der Markt also stützt die Prophezeiung der «Vogue».

Diese Botschaft dürfte die Welt ebenso spalten, wie die Wahlen in den USA. Wer sich nun wundert, was ein so frivoles Thema mit Politik zu tun hat, unterschätzt das Talent der Mode zur Früherkennung gesellschaftspolitischer Beben. Es ist kein Zufall, dass im Herbst, in dem Amerikaner erstmals eine Präsidentin wählen können, die gepolsterten Schultern der Ära Powerfrau aus den Achtziger zurückkehren. Und es ist kein Zufall, dass die Mode sich vom BH, der aus Brüsten grosse Kugeln macht, just in dem Moment verabschiedet, in dem Donald Trump die überwunden geglaubte Tradition des Grabchens wieder salonfähig machen will.

Ein Blick in die Geschichte jedenfalls zeigt, dass Dessous-Trends nicht nur weibliche Geschlechtsteile inszenieren, sondern stets auch das Frauenbild entblößen, das dahinter steckt. Vom Korsett, mit dem weibliche Rundungen zum Ideal der Sanduhr



Die Lingerie war stets mehr dem männlichen Wohlgefallen verpflichtet als dem weiblichen Wohlbefinden.

zurecht geschnürt wurden, über die Krinoline, die für den ausladenden Hintern unter bodenlangen Röcken sorgte, bis hin zu Wonderbra und String - die Lingerie war stets mehr dem männlichen Wohlgefallen verpflichtet als dem weiblichen Wohlbefinden. Und jedes Mal, wenn sich die Frau - wortwörtlich - von einem dieser Korsetts befreit hatte, kehrte sie sich auch von gesellschaftlichen Geschlechternormen ab. So markierte die Trikotkleidung, welche in den zwanziger Jahren die Stützwäsche ersetzte, die körperliche Befreiung der Frau. Die Hängekleidchen der Weimarer Republik, welche Taille, Busen und Hüfte locker umspielten, verliert der einsetzenden Emanzipation modischen Ausdruck. Ein halbes Jahrhundert später feierte die Frau mit der Abkehr vom vorgeformten Büstenhalter ihre sexuelle Befreiung. Der natürliche Busen der siebziger Jahre versinnbildlichte das Ende der Reduktion von Weiblichkeit auf Mütterlichkeit.

Dass der burschikose Sex-appeal einer Jane Birkin 2016 wieder en vogue ist und das Ende des Wonderbras einläutet, könnte der einst ebenfalls als Akt der Befreiung gelesen werden. Dann, wenn es der Frau gelingt, zusammen mit dem Wonderbra endlich auch den doppelten Standard des sexistischen Blicks zu entsorgen: Ein gefälliges Décolleté verleiht zwar Glamour, verhindert aber Glaubwürdigkeit. Für die Begegnung auf Augenhöhe braucht es keinen Wonderbra.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Alles, was Recht ist

Bedenklicher Rückfall in die Geheimjustiz



Markus Felber

Kabinettsjustiz ist längst überwunden - jedenfalls auf dem Papier der Rechtsgeschichte. Indes ist der krankhafte Drang, über alles den Mantel der Verschwiegenheit zu breiten, bei vielen Richtern noch immer tief verwurzelt. Und wie bei anderen Krankheiten kommt es gelegentlich zu Rückfällen. So dieser Tage bei der Luzerner Staatsanwaltschaft, die in Abkehr von der bisherigen Praxis rechtskräftige Strafbefehle unter Verschluss halten wollte. Remedur schaffte erst ein Machtwort des kantonalen Obergerichts. In Zürich wurde das Obergericht selbst rückfällig und muss jetzt wohl vom Bundesgericht zur Raison gebracht werden.

Es ging um eine Ehefrau und ihren Liebhaber, die gemeinsam versucht hatten, den im Weg stehenden Gatten zu ermorden. Den Prozess gegen die Täter führte das Zürcher Obergericht laut Pressemitteilung «auf Verlangen der Familienangehörigen und zu deren Schutz unter Ausschluss der Öffentlichkeit» durch. Dabei hat das Gericht wohl übersehen, dass das Öffentlichkeitsprinzip weder Selbstzweck ist noch primär Neugier des Publikums befriedigen soll. Öffentlichkeit im Prozess soll vielmehr gewährleisten, dass alles mit rechten Dingen zugeht, keiner benachteiligt und keiner bevorzugt wird und das Gericht sich an Gesetz und Verfahrensordnung hält.

Diese Kontrollfunktion der Öffentlichkeit, die das Vertrauen in die Justiz sichert, hat das Zürcher Obergericht offenbar aus dem Auge verloren. In der Verfügung zum Ausschluss der Öffentlichkeit wurden nur das Diskretionsbedürfnis der Angehörigen und der Informations hunger des Publikums gegeneinander abgewogen. Das Publikum aus dem Saal zu verbannen, die Medien aber unter bestimmten Auflagen zuzulassen, wurde nicht einmal erwogen. Genau diese im Gesetz vorgesehene Lösung hätte es indes wahrscheinlich erlaubt, das Schutzbedürfnis der Angehörigen und die Kontrollfunktion des Öffentlichkeitsprinzips unter einen Hut zu bringen.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

Die E-Mail-Debatte

«Es freut mich, dass Sie nicht blind «Hurra Freihandel!» rufen»

Angst vor Konzernen trifft Angst vor Demokratieverlust: Jacqueline Badran und Gregor Rutz zeigen, wieso der Freihandel derzeit schwierige Zeiten erlebt

Jacqueline Badran

Die EU hat das Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta) auf den letzten Drücker abgeschlossen. Das nächste grosse Abkommen ist das umstrittene TTIP zwischen der EU und den USA. Die Schweiz steht nun unter Druck, sich da anzuhängen. Für mich sind diese multilateralen Verträge die Anti-Utopien von gestern, die heute wahr werden sollen: das Ende der Selbstbestimmung und der Demokratie. Das sollte Sie auch kümmern.

Gregor Rutz

Das kümmert mich durchaus, liebe Frau Badran. Man tut gut daran, sich genau zu überlegen, welche Verträge man als Staat eingeht - vor allem, wenn es Verträge sind, welche die Souveränität oder die demokratischen Rechte einschränken. Das hat Ihre Partei leider bisher nie gross gekümmert. Umso erfreulicher, dass Sie es nun auch merken. Tatsächlich würde die Schweiz mit solchen Verträgen allenfalls Verpflichtungen eingehen, welche irreversibel wären. Das heisst: Stimmbürger und Parlament werden in ihren Rechten beschnitten. Das muss man genau anschauen - neben den volkswirtschaftlichen Chancen und Risiken, welche diese Verträge auch eröffnen.

Jacqueline Badran

Es freut mich, dass Sie nicht blind «Hurra Freihandel!» rufen, wie das viele tun. Diese Verträge räumen globalen Grosskonzernen Klagerechte ein, wenn ihnen wegen Gesetzen potenzielle Gewinne entgehen. Würden wir zum Beispiel unser Gentechnologie-Moratorium via Volksabstimmung verlängern, dürfte Monsanto klagen, dass sie ihren Gentech-Mais nicht importieren können. Die Schweiz wäre dann als Staat entschädigungspflichtig. Das ist ungeheuerlich. Ich frage mich, wer sich so etwas überhaupt ausdenkt, geschweige denn, wer zustimmt.

Gregor Rutz

Als liberaler Bürger und Unternehmer finde ich den freien Handel positiv und erstrebens-

Debattierer



Jacqueline Badran, 54, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

wert. Doch dafür müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Wenn die Landwirtschaft klagt, ein fairer Freihandel sei aufgrund schlechterer Rahmenbedingungen in der Schweiz nicht möglich, kann ich das verstehen. Dafür ist namentlich auch Ihre Partei verantwortlich, wenn ich an die ausufernde Regulierung im Lebensmittelrecht, Planungs- und Baurecht oder Umweltschutz denke. Auch die Geschichten über die Hochpreisinsel, die stets das hohe Lohnniveau ausklammern, mag ich nicht mehr hören. Jetzt mal ehrlich: Ist Ihre Panik auf Vorrat gegenüber internationalen Konzernen nicht absurd? Ich will kein Gentech-Moratorium, aber ich will, dass die Schweiz frei bleibt in der Gesetzgebung - das ist doch der Punkt!

Jacqueline Badran

O.k., jetzt wird es etwas wirr. Erstens hat die SP weder in Bund noch in Kantonen die Mehrheit. Hören Sie einmal auf mit Ihren Schuldzuweisungen an die Linke. Zweitens ist Freihandel nicht per se gut oder schlecht, und er wird überschätzt. Immerhin haben mindestens 80 Prozent eines Haushaltsbudgets - Wohnen, Krankenkasse, Steuern, Versicherungen - nichts mit Freihandel zu tun. Zudem sind Nahrungs- und Lohnunterschiede zwischen den Ländern viel wirkungsmächtiger als Zölle. Drittens werden mit diesen neuartigen Freihandelsverträgen unsere demokratisch bestimmten Sozial- und Umweltstandards - etwa beim Tierschutz - eingefroren, und der Druck steigt, diese nach unten zu nivellieren. Zusammen mit den Klagerechten bedeutet das als Konsequenz: Die Konzerne haben das Sagen, während der Nutzen für die Allgemeinheit höchst fraglich bleibt. Genau dies wäre eine Einschränkung der Demokratie und Souveränität, die wir wohl beide nicht wollen.

Gregor Rutz

Gegenüber Verträgen, welche die demokratischen Mitwirkungsrechte und die Souveränität substanzvoll einschränken, bin ich sehr kritisch. Es freut mich, wenn wir uns hier

einig sind - ich erinnere Sie bei anderer Gelegenheit dann gerne wieder daran. Trotzdem sind liberale Rahmenbedingungen - und damit auch freier Handel - wo immer möglich umzusetzen. Ihre Rechnung betreffend des Haushaltsbudgets stimmt natürlich nur bedingt: Für die Linken sind die befürchteten Liberalisierungen beziehungsweise die Privatisierungen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen wichtige Argumente für ihre Opposition. Und hier unterscheiden wir uns: Wo der Markt funktionieren kann, soll man die entsprechenden Freiräume gewährleisten!

Jacqueline Badran

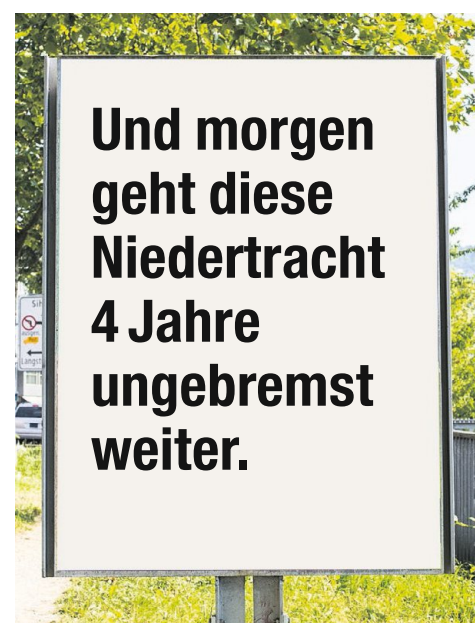
Weder Freihandel noch Liberalisierungen bedeuten *anything goes*. Wir haben verlernt, in Güterklassen zu denken. Güter, bei denen Zwangskonsum herrscht, gehören ins Volksvermögen und kostendeckend produziert, nicht gewinnorientiert. Das sind Schule, Gesundheit, Wasser oder Strom. Übrigens, hätten wir tatsächlich freie Märkte unter vollständiger Konkurrenz, gäbe es keine Gewinne. Ceta und TTIP zementieren hingegen Markt macht und begünstigen die Wirtschaftskonzentration zu Oligopolen. In so einer Welt wollen weder Sie noch ich leben. Wir brauchen fairen Handel und nicht Pseudo-Freihandel, der das Gegenteil von Marktwirtschaft bringt.

Gregor Rutz

Ich stelle fest: Sie wollen keine Verträge, welche die Souveränität und direkte Demokratie einschränken. Das ist gut - aber bitte berücksichtigen Sie dies dann auch, wenn wir über das Rahmenabkommen mit der EU diskutieren, welches Ihre Partei unbedingt will. Und schauen Sie, dass die SP klar Nein sagt zu einem EU-Beitritt. Zweitens stelle ich fest, dass Ihre Güterklassen-Logik erhebliche Reformen im Bereich des Service public erfordert. Reden wir doch einmal über das Vordringen in private Märkte von Post, Swisscom und SRG. Oder gilt dort eine andere Logik?

Strittis Schlagzeile

Zu den Präsidentschaftswahlen 2020 in den USA.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.